



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2012

---

## **Schaden für den Steuerstandort Schweiz: Bundesgerichtsentscheid zur Dividendenbesteuerung**

Dell'Anna, Fabio ; Matteotti, René

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich  
ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-70697>  
Newspaper Article

Originally published at:

Dell'Anna, Fabio; Matteotti, René. Schaden für den Steuerstandort Schweiz: Bundesgerichtsentscheid zur Dividendenbesteuerung. In: Finanz und Wirtschaft, 29 August 2012, 14.



# Schaden für den Steuerstandort Schweiz

## SCHWEIZ Bundesgerichtsentscheid zur Dividendenbesteuerung

**RENÉ MATTEOTTI UND FABIO DELL'ANNA**

Die Aussenwirtschaftspolitik des Bundes zeichnet sich durch eine liberale Grundhaltung aus: Internationale Wirtschaftsaktivitäten sollen durch nationale Regelungen möglichst wenig behindert werden. Die Schweiz will insbesondere steuerliche Barrieren im grenzüberschreitenden Kapitalverkehr abbauen. Dafür hat sie sich zum Ziel gesetzt, Quellensteuern auf Dividendenzahlungen innerhalb eines Konzerns staatsvertraglich so weit wie möglich zu eliminieren.

Nicht nur das zwischen der Schweiz und der EU abgeschlossene Zinsbesteuerungsabkommen, sondern auch zahlreiche bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen sehen deswegen eine gegenseitige Befreiung von Quellensteuern auf grenzüberschreitenden konzerninternen Dividendenzahlungen vor. Dividenden, die von einer schweizerischen Tochter- an eine Muttergesellschaft mit Sitz in einem Vertragsstaat ausgeschüttet werden, dürfen daher nicht mit einer Verrechnungssteuer (VST) von 35% belastet werden.

### Folgenschwerer Entscheid

In einer Durchführungsverordnung hat der Bundesrat festgelegt, dass die staatsvertraglich vorgesehenen Steuerbefreiungen im Rahmen eines Meldeverfahrens geltend gemacht werden können. Eine Dividende darf danach ohne Verrechnungssteuer ausgeschüttet werden, wenn sie binnen dreissig Tagen der Eidg. Steuerverwaltung (ESTV) gemeldet wird. Das Meldeverfahren ist vom Rückerstattungsverfahren zu unterscheiden. Bei diesem ist die VST zunächst der Steuerverwaltung abzuliefern. Der Empfänger muss sie sodann in einem separaten Verfahren zurückverlangen. Das Rückerstattungsverfahren führt zu einem administrativen Leerlauf. Den Konzernen wird unnötigerweise Liquidität entzogen, und damit wird

der Kapitalverkehr gehemmt.

Die OECD empfiehlt daher, das Rückerstattungsverfahren nur anzuwenden, wenn die Berechtigung des Dividendenempfängers auf die Quellensteuerentlastung nicht anders geprüft werden kann. Den Hintergrund hierfür bilden letztlich Steuerumgehungsfälle. Im Zusammenhang mit einem vermuteten Fall von Steuerumgehung fällt das Bundesgericht letztes Jahr ein folgenschweres Urteil. Zankapfel war die dreissigtägige Meldefrist. Das Bundesgericht entschied, dass die in der Verordnung enthaltene Dreissigtagefrist als Verwirkungsfrist zu interpretieren ist. Wird sie nicht eingehalten, muss die steuerpflichtige Gesellschaft die Verrechnungssteuer von 35% abliefern.

### Drastische Folgen und Risiken

Unter Hinweis auf diesen Entscheid hat nun die ESTV mit systematischen Kontrollen begonnen. Sie erhebt dabei nicht nur die Verrechnungssteuer nach, sondern fordert – über den Bundesgerichtsentscheid hinaus – auch Verzugszinsen von 5%. Dieselben Steuerfolgen sollen nach Auffassung der ESTV auch bei Dividendenzahlungen an inländische Muttergesellschaften zur Anwendung gelangen.

Diese Praxis hat drastische Folgen, wie das folgende Beispiel illustriert: Die Tochtergesellschaft Schweiz AG beschloss am 31. Dezember 2010, eine Dividende von 100 Mio. Fr. an ihre Muttergesellschaft in Holland auszurichten. Die Meldung der Dividende kam zwei Monate zu spät. Im Rahmen einer Kontrolle entdeckt die ESTV am 1. Februar 2013 die verspätete Meldung. Bis vor kurzem hat sie die nachträgliche Meldung i. d. R. richtigerweise zugelassen, wenn das Vorliegen einer Steuerumgehung oder der Versuch einer Steuerhinterziehung ausgeschlossen werden konnte. Aufgrund der Praxisverschärfung sieht sich die Schweiz AG nun mit einer

Verrechnungssteuerforderung von 35 Mio. Fr. und Verzugszinsen von satten 3,5 Mio. Fr. konfrontiert. Entdeckt die ESTV den Fehler beispielsweise aufgrund von personellen Engpässen erst kurz vor Ablauf der fünfjährigen Verjährungsfrist, erhöhen sich die Verzugszinsen um 4,5 Mio. Fr.

### Reformbedarf

Viele Konzerne sind nun massiven Verrechnungssteuerrisiken ausgesetzt. Die neue Praxis kann zu Liquiditätsengpässen führen und bringt manch betroffenes Unternehmen an den Rand des Ruins.

Der Entscheid des Bundesgerichts und die von der Verwaltung daraus gezogenen Konsequenzen sind rechtlich und ökonomisch aus verschiedenen Gründen problematisch. Sind Dividenden von der schweizerischen VST staatsvertraglich befreit, besteht unabhängig von der Einhaltung der bloss auf Verordnungsstufe festgelegten Meldefrist gar keine Verrechnungssteuerschuld. Ökonomisch erleidet der schweizerische Fiskus mit einer verspäteten Meldung keinen Zinsschaden.

Damit fehlt es an einer überzeugenden Grundlage, Verzugszinsen zu erheben. Die von der ESTV erhobenen «Zinsen» stellen daher verkappte Strafzinsen dar. Diese erweisen sich als in höchstem Masse willkürlich: Je länger der Fiskus mit der Geltendmachung zuwartet, desto höher fallen die Strafzinsen aus. Da sie unabhängig vom Verschulden des Steuerpflichtigen bemessen werden und ihre Höhe im Verhältnis zur begangenen Ordnungswidrigkeit (verspätete Meldung) in der Regel völlig unangemessen ist, werden sie von den betroffenen steuerpflichtigen Unternehmen als grobe Ungerechtigkeit empfunden.

Wichtige Länder, mit denen die Schweiz im Standortwettbewerb steht, verzichten auf solche Strafzinsen und belegen Ordnungswidrigkeiten bei der Deklaration von steuerbefreiten Dividenden rechts-

Datum: 29.08.2012

# FINANZ und WIRTSCHAFT

Finanz und Wirtschaft  
8021 Zürich  
044/ 298 35 35  
www.fuw.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Publikumszeitschriften  
Auflage: 29'790  
Erscheinungsweise: 2x wöchentlich



Themen-Nr.: 660.3  
Abo-Nr.: 660003  
Seite: 14  
Fläche: 36'484 mm<sup>2</sup>

systematisch richtig mit verhältnismässigen Ordnungsbussen. Mit ihrer Praxisverschärfung verspielt die Schweiz unnötigerweise Goodwill. Dem Unternehmensstandort Schweiz wird damit einmal mehr Schaden zugefügt. Die Politik wird nicht umhinkommen, das wegen des Bundesgerichtsentscheids völlig in Schieflage geratene Meldeverfahren mit seinen absurden Konsequenzen möglichst rasch wieder auf ein rechtsstaatlich solides Fundament zu stellen. Die Nichtbeachtung der Meldefrist ist rechtssystematisch korrekt mit Ordnungsbussen und nicht mit drakonischen Strafzinsen zu ahnden.

*René Matteotti ist ordentlicher Professor für Steuerrecht an der Universität Zürich und Of Counsel bei Baker & McKenzie, Zürich. Fabio Dell'Anna ist Partner bei PwC und Mitglied des Ausschusses des Vorstands der Treuhand-Kammer.*